ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Steinberg, Guido

Research Report

Irakische Föderalisten unter Druck: Regionalwahlen, innenpolitische Konflikte und der amerikanische Truppenabzug

SWP-Aktuell, No. 9/2009

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Steinberg, Guido (2009) : Irakische Föderalisten unter Druck: Regionalwahlen, innenpolitische Konflikte und der amerikanische Truppenabzug, SWP-Aktuell, No. 9/2009, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254813

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Irakische Föderalisten unter Druck

Regionalwahlen, innenpolitische Konflikte und der amerikanische Truppenabzug

Guido Steinberg

Am 31. Januar haben in 14 der 18 irakischen Provinzen Wahlen stattgefunden. Im Ergebnis dieser ersten Wahlen seit Dezember 2005 verschoben sich die Machtverhältnisse im Lande deutlich. In allen Provinzen haben diejenigen Parteien massiv zugelegt, die eine nationalistische Linie verfolgen und einen starken Zentralstaat fordern. Dadurch geraten die Föderalisten in der Bagdader Regierungskoalition unter Druck, die aus der schiitischen Daawa-Partei des Ministerpräsidenten Maliki, dem ebenfalls schiitischen Islamischen Hohen Rat und den beiden Kurdenparteien KDP und PUK gebildet wird. Die Kurdenparteien und der Hohe Rat sind die Verlierer, Maliki und Daawa hingegen Gewinner der Wahl. Sie haben sich 2008 den Forderungen der Zentralisten angeschlossen und gerieten darüber immer häufiger in Konflikte mit ihren kurdischen und schiitischen Partnern. Diese Auseinandersetzungen dürften 2009 an Schärfe gewinnen. Vor dem Hintergrund des beginnenden amerikanischen Truppenrückzugs ist die Stabilität des Landes weiterhin gefährdet.

Weil den Provinzen in der föderalen Verfassung von 2005 weitreichende Kompetenzen – beispielsweise für die innere Sicherheit – zugewiesen wurden, haben Machtverschiebungen in den Provinzen Auswirkungen auch auf die gesamtirakische Politik der Regierung in Bagdad.

Die Regionalwahlen haben vor allem den Zentralisten Zugewinne beschert. Hierzu zählen in erster Linie die Daawa-Partei sowie nationalistische und säkularistische Organisationen. Die Daawa-Partei hat in acht der neun südlichen Provinzen und in Bagdad den größten Anteil an Stimmen gewonnen. Damit löst sie den Hohen Rat, der bis dahin sechs der neun Provinzen südlich von Bagdad kontrollierte, als stärkste Partei im schiitischen Süden ab. Besonders wichtig dürften die Siege in der Hauptstadt Bagdad und der »Ölhauptstadt« Basra sein, wo die Liste der Daawa-Partei jeweils Anteile von über 35 Prozent erzielte. Allerdings waren die Stimmanteile in den anderen Südprovinzen so stark fragmentiert, dass auch die Daawa-Partei als stärkste Kraft meist unter 20 Prozent blieb. Dies bedeutet, dass sie sich auf Koalitionen einlassen muss, will sie ihren Wahlerfolg in politischen Einfluss ummünzen. Dies könnte dem großen Verlierer der Wahl, dem Irakischen Islamischen Hohen Rat, eine Gelegenheit bieten, trotz seines

Dr. Guido Steinberg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika

schlechten Abschneidens einen Teil seines Einflusses in den Süd- und Zentralprovinzen zu bewahren.

In den vorwiegend sunnitisch besiedelten Provinzen zeigt sich ein ähnlicher Trend zum Zentralismus wie im schiitischen Süden. Säkularistische Nationalisten, wie in erster Linie die »Irakische Liste« des ehemaligen Interimsministerpräsidenten Allawi, werden in mehreren Provinzparlamenten stark vertreten sein. In Mosul, der zweitgrößten Stadt des Landes, gewann die örtliche Liste der Allawi-Partei fast 50 Prozent der Stimmen. Auch in Salah ad-Din ist diese Partei stark. Die ebenfalls säkularistische Irakische Front für den Nationalen Dialog gewann in der Westprovinz Anbar die meisten Stimmen. Allerdings erwies sich auch die sunnitische (islamistische) Islamische Partei als wichtige Kraft. Sie stellt in Salah ad-Din und in Diyala die stärkste Partei und lag auch in Anbar fast gleichauf mit der Dialogfront.

Die Wahlgewinner in den sunnitischen Gebieten sind allesamt zentralistisch orientiert. Die Stimmenzuwächse von Zentralisten und Nationalisten werden nicht zuletzt den Konflikt zwischen Föderalisten und Zentralisten beeinflussen, das wichtigste Thema der irakischen Innenpolitik.

Maliki gegen die Kurdenparteien

Der Konflikt um die föderale Struktur des politischen Systems hat sich im Laufe des Jahres 2008 allmählich verschärft. Anlass dazu gab die neue Stärke des Ministerpräsidenten Maliki, der versucht, seine Stellung in der Viererkoalition auszubauen. Im November 2008 forderte Maliki eine Ausweitung der Kompetenzen der Zentralregierung und bekannte freimütig, dass er einen »starken Zentralstaat« anstrebe. Seine Forderung nach entsprechenden Verfassungsänderungen stieß auf heftigen Widerstand seiner Verbündeten. Für die Föderalisten war dies eine offene Kampfansage.

Das Gleichgewicht in der Regierungskoalition wurde empfindlich gestört, weil die Daawa-Partei Malikis bis dahin ihr schwächstes Mitglied gewesen war. Sie hatte die Föderalismusprojekte ihrer Verbündeten mitgetragen, da sie nur auf diese Weise ihre Position im Zentrum der Macht behaupten konnte. Seit 2008 jedoch profitierten Ministerpräsident Maliki und seine Partei von der schrittweisen Stabilisierung der Sicherheitslage und sprunghaft gestiegenen Staatseinnahmen dank der hohen Ölpreise. Auf dieser Grundlage begann Maliki, gegen den Widerstand seiner Partner eine zentralistische Strategie zu entwickeln.

Insbesondere die beiden Kurdenparteien wehrten sich gegen diese Politik. Der mit ihnen bestehende Konflikt dreht sich im Kern um vier Themen: die Zukunft von Stadt und Provinz Kirkuk, die Zukunft bestimmter Gebiete an der Grenze zur autonomen Kurdenregion, die Gründung von Stammesmilizen und das neue Ölgesetz.

Die Kurdenparteien beanspruchen die Stadt und Provinz Kirkuk (auch Ta'mim genannt), die außerhalb der Kurdenregion liegt. In der Verfassung von 2005 ließen sie einen Zeitplan festschreiben, der ein Referendum über die Zukunft der Provinz vorsah. Aufgrund heftiger Proteste der in der Provinz ebenfalls stark vertretenen Araber und Turkmenen und von zentralistischen Kräften in Bagdad wurde das Referendum zwei Mal verschoben.

Dieser Konflikt wirkte sich auch auf die Regionalwahlen aus. Auseinandersetzungen zwischen Turkmenen und Arabern einerseits und den Kurden andererseits führten dazu, dass die Wahlen in Kirkuk verschoben wurden. Turkmenen und Araber forderten ein Machtteilungsarrangement im Regionalparlament, bei dem jede Volksgruppe die gleiche Zahl an Sitzen bekäme. Die Kurden lehnten dies ab. Unter Vermittlung des UN-Sondergesandten für den Irak, Staffan de Mistura, wurde zumindest erreicht, dass die Wahlen in den restlichen Provinzen im Januar 2009 stattfinden konnten. Die Kirkuk-Frage bleibt vorerst ungelöst. Die Wahlen in der Provinz sollen aber nach Klärung der strittigen Fragen nachgeholt werden. Ob dies möglich sein wird, gilt als ungewiss.

Karte
Irak: Provinzen und regionales Umfeld

Bei den »umstrittenen Gebieten« handelt es sich um Teile der Provinzen Nainawa (mit der Hauptstadt Mosul), Salah ad-Din, Kirkuk und Diyala, die von den Kurden als Bestandteil der von ihnen beherrschten Region beansprucht werden. Sie erstrecken sich entlang der westlichen und südwestlichen Grenze der Kurdenregion im syrischen Grenzgebiet über Mosul und Kirkuk bis zum nördlichen Teil der Provinz Diyala an der iranischen Grenze (siehe die Karte auf Seite 3). Hier leben zahlreiche Kurden gemeinsam mit Turkmenen, Arabern und Angehörigen einiger kleinerer Volksgruppen. Während der Invasion des Irak 2003 besetzten kurdische Milizen diese Regionen und kontrollieren sie bis heute.

Im Sommer 2008 eskalierten die Spannungen zwischen den Kurden und dem Ministerpräsidenten, der den Kurden diese Gebiete nicht überlassen will. Im Anschluss an erfolgreiche Kampagnen gegen die Mahdi-Armee in Basra und Bagdad schickte Maliki Militär in den Norden von Diyala. Die fortgesetzte Präsenz von Aufständischen in dieser Provinz, so sein Argument, erfordere eine Militäraktion. Die Kurdenparteien dagegen sahen in dieser Intervention den Versuch, die bis dahin kurdisch beherrschte Zone der Kontrolle der Zentralregierung zu unterwerfen, um daraufhin weitere umstrittene Gebiete zu übernehmen. Zwar konnte ein bewaffneter Konflikt am Ende vermieden werden, aber das zugrundeliegende Problem blieb ungelöst.

Mit den USA verbündete sunnitische Stammesmilizen, die sogenannten Erweckungsräte (Majalis as-Sahwa oder as-Sahawat) hatten maßgeblich zur Eindämmung des Aufstands 2007 und 2008 beigetragen. Nach einem ähnlichen Muster versuchte nun auch die Zentralregierung unter Federführung der Daawa-Partei, schiitische, kurdische und auch sunnitische Stammesmilizen aufzubauen, die direkt dem Ministerpräsidenten unterstehen sollen. Diese sogenannten Unterstützungsräte (Majalis al-Isnad) haben die Aufgabe, den Sicherheitskräften in den Provinzen zu assistieren. Die Kurden protestieren gegen das Vorhaben des Ministerpräsidenten, solche Milizen auch in den umstrittenen Gebieten im Norden aufzustellen. Sie sehen darin einen weiteren Versuch, ihnen die Kontrolle über diese Gebiete zu entreißen. Maliki hingegen argumentiert, dass es lediglich um die Verbesserung der Sicherheitslage und die verfassungsgemäße Ausweitung des Machtmonopols der Zentralregierung insgesamt gehe – an der die Kurden schließlich ebenfalls beteiligt seien.

Ein vierter Konflikt zwischen Kurdenparteien und Zentralregierung betrifft die Energiepolitik. Im Kurdengebiet befinden sich rund 3 Prozent der nachgewiesenen irakischen Ölreserven sowie beträchtliche Gasvorkommen. Und in der Provinz Kirkuk liegt das drittgrößte Ölfeld des gesamten Landes, das etwas weniger als 10 Prozent der irakischen Erdölreserven birgt.

Der Faktor Öl erschwert die Suche nach einem Kompromiss im Streit um Kirkuk. Den Kurden geht es vor allem darum, mit der Kontrolle über diese Reserven die Grundlage für eine wirtschaftlich weitgehend autarke Kurdenregion zu schaffen. Der Konflikt hat insofern ethnische, geostrategische und energiepolitische Dimensionen.

Die energiepolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und der Zentralregierung betreffen überdies Verträge, die die Kurdische Regionalregierung mit ausländischen Ölgesellschaften abschließt, sowie das neue Öl- und Gasgesetz.

Die Regionalregierung hat bereits 2005 begonnen, Rechte zur Exploration im Kurdengebiet an ausländische Firmen zu vergeben, ohne die Zentralregierung zu beteiligen. Unbeeindruckt von heftigen Protesten des Ölministeriums und seitens Vertretern der nichtkurdischen Regierungsparteien hält die Regionalregierung an dieser Politik fest. Der Konflikt hat zudem die Verabschiedung eines seit Jahren überfälligen Ölgesetzes verhindert. Die Kurden streben nach möglichst vollständiger Kontrolle über den Ressourcensektor in Irakisch-Kurdistan und Kirkuk – und wollen gleichzeitig an den Öleinnahmen des

Gesamtstaates beteiligt werden. Die Zentralregierung hingegen versucht, zumindest begrenzten Einfluss auch im Kurdengebiet zu gewinnen.

Schiiten gegen Schiiten

Die Politik Malikis und der Daawa-Partei sorgt auch für Konflikte mit dem stärkeren schiitischen Koalitionspartner, dem Irakischen Islamischen Hohen Rat. Seit 2005 agierte Daawa als dessen Juniorpartner. Ihre neue Zentralisierungspolitik war nicht zuletzt ein Mittel, um sich von einem lange übermächtigen Verbündeten zu emanzipieren, was entsprechenden Widerstand des Hohen Rates hervorrief.

Der Hohe Rat ist neben den Kurdenparteien die wichtigste föderalistische Kraft in der irakischen Politik. Während die Kurdenregion bereits als Entität besteht, plant der Hohe Rat, eine föderale Region der neun vorwiegend schiitisch besiedelten Provinzen südlich von Bagdad zu schaffen. Dabei geht es ihm – ebenso wie den Kurden im Norden – vor allem um den Aufbau einer autonomen Machtbasis, auf die er sich zurückziehen kann, falls der neue irakische Staat scheitern sollte. Bis zu den Regionalwahlen kontrollierte der Hohe Rat sechs der neun Provinzen im Süden und Zentrum des Landes.

In der Ideologie der Daawa-Partei vermengten sich seit jeher islamistisches mit nationalistischem Gedankengut, was sich in einer Neigung zu einem stärker zentralistischen politischen System ausdrückt. Aufgrund ihrer personellen und militärischen Schwäche trug Daawa die föderalistischen Forderungen des Hohen Rates im Jahr 2005 dennoch mit. Erst nachdem sich die Position des Ministerpräsidenten Anfang 2008 stabilisiert hatte, versuchte sie ihre Stellung auszubauen. Ihr wichtigstes Instrument waren die schon erwähnten »Unterstützungsräte«, die sie gemeinsam mit schiitischen Stämmen seit 2008 auch im Süden und Zentrum des Landes etablierte, um eine ihrer markanten Schwächen zu beheben. Im Gegensatz zu den Kurdenparteien und dem Hohen Rat verfügte sie bis dahin über keine eigene Miliz und bemühte sich nun darum, im schiitischen Süden eine politische und militärische Basis für ihre Zentralisierungspolitik zu schaffen. Der Hohe Rat interpretierte den Aufbau von Stammesmilizen denn auch als Versuch, ihm zumindest Teile seiner Machtbasis im Süden streitig zu machen. Vertreter des Hohen Rates kritisierten die Einrichtung der Unterstützungsräte entsprechend scharf als »gegen die Verfassung gerichtet«.

Der Hohe Rat wertet auch Malikis Forderung nach einer Änderung der Verfassung als Angriff auf sein Föderalismusprojekt im Süden und Zentrum des Landes. Dass dieses Projekt unter Druck steht, zeigte sich schon vor den Regionalwahlen. Denn viele Bewohner im Süden lehnen eine föderale Lösung ab. Vereinzelte Stimmen forderten gleichwohl eine föderale Region Basra, während wiederum andere eine Region aus den drei südlichsten Provinzen des Landes (Dhi Qar, Maisan und Basra) gebildet sehen wollen. Die Befürworter einer föderalen Region Basra starteten sogar eine Unterschriftensammlung, um ein Referendum über ihr Vorhaben zu erzwingen. Auch wenn die benötigte Stimmenzahl nicht erreicht wurde, zeigte sich an diesem Vorgang, wie unzufrieden die Bewohner der südlichsten Provinzen sind, in denen immerhin die meisten irakischen Ölfelder liegen. Die Entwicklung gerade dieser Provinzen wurde und wird von Bagdad vernachlässigt. Für das Vorhaben des Hohen Rates ist die Kontrolle über die Energiereserven vor allem deshalb wichtig, weil sie ihrer föderalen Region eine starke ökonomische Grundlage verschaffen würden.

Nach der Wahlniederlage des Hohen Rates, der in den südlichen Provinzen ebenso wie die Daawa-Partei mit einer eigenen Liste antrat, dürfte das Projekt einer zu schaffenden Süd- und Zentralregion allerdings keine Realisierungschance mehr haben. Die Daawa-Partei wird ihren Einfluss im schiitischen Süden nun ausbauen. Noch ist allerdings unklar, ob

der Hohe Rat dies akzeptiert. Sollte er weiterhin an der Gründung einer föderalen Region festhalten, wären neuerliche Konflikte zwischen den Partnern in Bagdad zu erwarten. Der Hohe Rat wird sich in jedem Fall bemühen, dem Einflussgewinn der Daawa-Partei enge Grenzen zu setzen.

Schwache Opposition

Die Regierungskoalition insgesamt ist bei den Wahlen unter Druck geraten. Weite Teile der Bevölkerung machen die islamistischen Parteien und vor allem den Hohen Rat (aber auch Daawa) für die konfessionellen Konflikte und die Eskalation der Gewalt in den Jahren 2005 und 2006 (mit-) verantwortlich. Nicht zuletzt aus diesem Grund versucht Premier Maliki, den auch unter Schiiten weit verbreiteten irakischen Nationalismus zu bedienen. Damit scheint er zumindest begrenzten Erfolg zu haben. Die teils schwachen Ergebnisse von Daawa in den Schiitenprovinzen sprechen allerdings dafür, dass auch Maliki dort nur mäßige Popularität genießt.

Dabei könnte sich jedoch erweisen, dass die Regierungskoalition ihre Stärke aus der Uneinigkeit ihrer Gegner bezieht. Das gegnerische Lager besteht aus mehreren sunnitischen Parteien (von denen einige sporadisch mit der Regierungskoalition kooperieren), die dem zentralistischen Lager zuneigen. Hinzu kommen die Bewegung des schiitischen Predigers Muqtada as-Sadr (die die Regierung 2007 verließ), die ebenfalls schiitische Fadila-Partei und die säkularen Nationalisten der »Irakischen Liste« Iyad Allawis. Einige von ihnen bemühen sich zwar darum, die Oppositionsarbeit intensiver zu koordinieren. Dennoch sind sie untereinander weitgehend uneins, was ihre Chancen auf eine Regierungsübernahme auch künftig schmälern dürfte.

Sunnitische Parteien

Insbesondere im sunnitischen Lager haben die Spannungen zugenommen. Wichtigster Vertreter dieses Lagers ist die Konsensfront. Seit 2007 sind der Konsensfront bzw. der stärksten Partei dieser Front, der Irakischen Islamischen Partei, in den sunnitischen Provinzen neue Konkurrenten in Gestalt der Erweckungsräte erwachsen. Die Erweckungsräte, ursprünglich Stammesmilizen, in denen sich ehemalige Aufständische zusammenschlossen, kooperierten mit den US-Truppen im Kampf gegen al-Qaida. Schnell meldeten die Stammesführer allerdings auch politische Ambitionen an und protestierten gegen die starke Stellung der Islamischen Partei insbesondere in der Provinz Anbar. Diese Partei hatte als einzige nennenswerte sunnitische Gruppierung an den Wahlen 2005 teilgenommen und dominierte seither die politischen Institutionen in Anbar. Ihre Gegner, die jetzt erstmals für die Regionalwahlen kandidierten, werfen ihr Korruption und Misswirtschaft vor. Allerdings blieben die Stammesvertreter mit ihrem Wahlergebnis weit hinter den eigenen Erwartungen und hinter dem der Islamischen Partei zurück. Umgehend legten sie Protest ein und reklamierten Wahlbetrug. Die tiefen Zerwürfnisse zwischen den politischen Parteien in Anbar bergen ein großes Eskalationsrisiko.

Auch innerhalb der Konsensfront gibt es Brüche. Der Rat des Nationalen Dialogs – neben der Islamischen Partei und der Konferenz der Leute des Irak eine der drei großen Gruppierungen dieser Front – zog sich im Dezember 2008 aus der Front zurück, nachdem der ihr zugehörige Parlamentpräsident Mashhadani zurückgetreten war. Anlass für den Rückzug war ein heftiger Konflikt zwischen den Parteien, der entbrannte, nachdem die Islamische Partei den Anspruch erhoben hatte, den Kandidaten der Konsensfront für dieses Amt zu stellen. Als Folge dieses Konflikts hatte das irakische Parlament auch Mitte Februar noch keinen neuen Präsidenten.

Die aufgezeigten Konflikte dürften die Chancen der sunnitischen Gruppierungen auf einen Wechsel in die Regierung in mehreren Provinzen beeinträchtigen. Aufgrund ihrer Zersplitterung werden sie ihre Stim-

mengewinne nicht ohne weiteres in größeren Einfluss ummünzen können. Das ist sicherheitspolitisch problematisch, weil ein Großteil der sunnitischen Stammesmilizen weder demobilisiert noch in die staatlichen Sicherheitskräfte überführt wurde. Die Regierung Maliki, die ihnen misstraut, könnte sich nur durch deutliche Einflussgewinne der Sunniten gezwungen sehen, Angehörige dieser Milizen vermehrt in die Sicherheitskräfte aufzunehmen und so den Weg zu einer einvernehmlichen Lösung mit den sunnitischen Gruppierungen zu ebnen. Ändern sich die Machtverhältnisse nicht, besteht die Gefahr, dass die Stammesmilizen erneut außer Kontrolle geraten.

Die schiitische Sadr-Bewegung

Der bis 2007 wichtigste zentralistische Gegenspieler der Viererkoalition war die Sadr-Bewegung. Sie war zugleich auch der wichtigste Konkurrent des Hohen Rates in den schiitischen Provinzen. Ihre Miliz, die Mahdi-Armee, wurde im Bürgerkrieg von 2005 und 2006 zu einem der gefürchtetsten Gewaltakteure im Land.

Die Bekämpfung der Sadr-Bewegung war das zentrale Motiv für die amerikanische Truppenaufstockung Anfang 2007. Durch die Eindämmung der antisunnitischen Gewalt, die von der Mahdi-Armee ausgeübt wurde, hoffte die US-Regierung, den Bürgerkrieg beenden zu können – was ihr auch gelang. Die Sadr-Bewegung reagierte unerwartet defensiv. Muqtada as-Sadr verkündete mehrere Waffenstillstände, und die Mahdi-Armee stellte ihre Aktivitäten weitgehend ein. Als Regierungstruppen im Frühjahr 2008 mit amerikanischer Unterstützung Hochburgen der Schiitenmiliz in Basra und Bagdad einnahmen, blieb ein Gegenschlag aus. Es ist ungewiss, ob die Mahdi-Miliz in Auflösung begriffen ist oder sich nur vorübergehend zurückgezogen hat. In jedem Fall ist die Sadr-Bewegung heute sehr viel schwächer als noch 2007.

Zu den Regionalwahlen ist die Sadr-Bewegung mittels unabhängiger Listen angetreten. Eine von ihnen gewann in den schiitischen Provinzen und in Bagdad zwischen 5 und 10 Prozent. Mit der Bewegung muss also auch künftig gerechnet werden. Sadr – der sich im Iran aufhält – hat seinen Kampf um eine Rolle in der irakischen Politik noch nicht aufgegeben.

Gefährdete Stabilität?

Die Regionalwahlen haben keine politische Feldbereinigung gebracht. Zentralistische Kräfte konnten Stimmenzuwächse verzeichnen, während die Föderalisten herbe Verluste erlitten. Dennoch muss dies auch in den Süd- und Zentralprovinzen keinen vollständigen Machtverlust für den Hohen Rat bedeuten. Die Daawa-Partei ist auf die Bildung breiter Koalitionen angewiesen. Deshalb wird die irakische Politik weiterhin von der Konkurrenz zweier Lager, von häufigen Abspaltungen in diesen Lagern, politischer Instabilität und möglicherweise auch eskalierenden Konflikten geprägt sein. Schon das für Juli 2009 geplante Referendum über das mit den USA abgeschlossene Truppenstatut könnte schwelende Konflikte erneut anheizen. Und die im Dezember 2009 anstehenden nationalen Parlamentswahlen dürften das Konfliktpotential auch nicht vermindern.

Die wichtigste offene Frage ist, ob der Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten und den Kurdenparteien eskaliert. Maliki dürfte um des Machterhalts willen (noch) nicht bereit sein, die Koalition mit PUK, KDP und dem Hohen Rat aufzugeben. Dabei birgt die Situation in den »umstrittenen Gebieten« und besonders in Kirkuk beträchtliche Eskalationsrisiken. Es ist durchaus möglich, dass die Konfliktparteien durch unkalkulierbare Zusammenstöße vor Ort in eine größere militärische Auseinandersetzung hineingezogen werden.

Gleichzeitig sind die Aufständischen in den Provinzen Nainawa und Diyala immer noch stark. Die sunnitischen Stammesmilizen sind nicht in die Sicherheitskräfte integriert und haben mehrfach damit gedroht, sich erneut den Aufständischen anzuschließen. Auch die Reste der Mahdi-

Armee könnten einen übereilten Abzug der US-Truppen nutzen, um ihren Einfluss wieder auszuweiten. Mit den Unterstützungsräten kommen neue Milizen hinzu, und es ist ungewiss, ob die Regierung sie langfristig unter Kontrolle bringen kann.

Vor diesem Hintergrund ist der Plan der neuen US-Administration, die US-Truppen innerhalb von nur 16 Monaten abzuziehen, höchst problematisch. Die irakischen Sicherheitskräfte haben noch nicht bewiesen, dass sie ohne fremde Hilfe in der Lage sind, die innere Sicherheit zu garantieren – auch wenn sowohl die Armee als auch die Polizei Fortschritte gemacht haben, die Armee indes sehr viel größere. Viele Iraker misstrauen der irakischen Polizei weiterhin und betrachten sie als Instrument schiitischer Milizen.

Welche Rolle für deutsche Politik?

Die irakische Regierung hat mit den USA ein Statut vereinbart, das einen sukzessiven Abzug der amerikanischen Truppen bis Ende 2011 vorsieht. Ein auf drei Jahre angelegter Truppenrückzug ist angesichts der innenpolitischen Dynamiken im Irak am ehesten geeignet, eine nachhaltige Stabilisierung der Sicherheitslage zu ermöglichen. Wahrscheinlich wird die neue US-Regierung versuchen, einen Kompromiss zwischen der im Wahlkampf genannten Zeitspanne von 16 Monaten und den in den Bestimmungen des Abkommens festgelegten Fristen zu finden.

Im Sicherheitsbereich gibt es keine Rolle für die deutsche Politik. Zwar wird immer wieder die Polizeiausbildung als mögliches Tätigkeitsfeld angeführt – in Abu Dhabi bilden deutsche Polizisten im kleinen Rahmen irakische Kollegen aus. Da der irakischen Polizei indes immer noch der Ruf anhängt, Bürgerkriegspartei gewesen zu sein, ist sie als Partner nicht geeignet – will die deutsche Seite vermeiden, als Komplize wahrgenommen zu werden. Außerdem kann deutsche Polizeiausbildung nicht zu einer Verbesserung der Sicherheitslage beitragen. Mehr als punktuelle polizeiliche Expertise kann sie nicht anbieten. Die schlechten Erfahrungen mit der deutschen Polizeiausbildung in Afghanistan sind ein wichtiges Argument gegen umfangreichere deutsche Aktivitäten in diesem Bereich.

Deutsche Politik sollte sich stattdessen auf Wirtschaftsfragen und die Flüchtlingsproblematik konzentrieren, bei denen sie signifikant zur Verbesserung der Situation beitragen kann. Der Irak fordert seit 2008 ein verstärktes Engagement der deutschen Wirtschaft. Da er vor allem aufgrund seines Energiereichtums das Potential hat, an seine frühere bewährte Rolle als wichtiger deutscher Handelspartner anzuknüpfen, entspricht dies auch deutschen Interessen. Der Nordirak erlebt bereits seit geraumer Zeit einen Boom, und auch die Lage im Süden verbessert sich rapide. Bislang bot es sich vor allem an, die Kontakte mit dem kurdischen Norden auszubauen, was ansatzweise auch bereits geschieht. Es ist zu hoffen, dass der Besuch Außenminister Steinmeiers den Beginn einer aktiveren Wirtschaftsförderung markiert.

Parallel hierzu ist ein verstärktes Engagement in der Regelung der Flüchtlingsproblematik geboten. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Flüchtlinge kurzfristig aus den Nachbarländern zurückkehren werden. Insbesondere Syrien benötigt dringend Hilfe, um die hohe Zahl irakischer Flüchtlinge zu versorgen. Aufgrund der Dimension des Problems ist allerdings eine gesamteuropäische Initiative gefragt. Insbesondere Bildung und Ausbildung sollten – wie schon bisher – im Mittelpunkt deutscher Aktivitäten in diesem Bereich stehen. Dass Deutschland 2500 Härtefälle aufnimmt, ist ein wichtiger Schritt, aber er sollte nur der Auftakt zu einer aktiveren deutschen Flüchtlingspolitik sein.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2009
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364